

## Stellungnahme der DVPB NW e.V. zu geplanten Kürzungen im Bereich der politischen Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung wird weniger Geld zur Verfügung haben – dies sehen die Sparpläne der Bundesregierung vor. Das Budget für die Bundeszentrale soll um 20 Millionen Euro gekürzt werden. Dies sind mehr als ein Fünftel des bislang bei 96 Millionen Euro liegenden Etats

Die DVPB NW schließt sich der Kritik des Bundesverbandes der DVPB bezüglich der Sparmaßnahmen an. Sie formuliert in ihrer Stellungnahme, dass die Kürzungspläne besonders dramatisch seien und in einer Zeit erfolgten, „in der der Bedarf nach politischer Bildung besonders hoch ist. Vielen erfolgreichen Projekten droht das Aus.“ (<https://dvpb.de/wp-content/uploads/2023/07/Stellungnahme-der-DVPB-zum-Bundshaushalt-1.pdf>)

Es ist zu befürchten, dass vor allem bei den Programmtiteln gekürzt wird. Dies hätte weitreichende Folgen, weil zahlreiche Projekte der Demokratieförderung und politischen Bildung auf die Kofinanzierung durch die Bundeszentrale angewiesen sind. So können Erstwähler-Kampagnen an Schulen zum Opfer fallen – Basisarbeit an der Demokratie oder auch die Arbeit mit Multiplikatoren, die vor allem vor Ort und vor allem im ländlichen Raum tätig sind. Auch diese sind in Gefahr, wenn die Ressourcen nicht ausreichen. Dies alles geschieht zu einem Zeitpunkt, wo man Michel Friedman zustimmen kann: „Unsere Gesellschaft wird immer unpolitischer“. (Süddeutsche Zeitung vom 30.8.2023)

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, nimmt im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung Stellung: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“. Er befürchtet „weniger Ressourcen für zivilgesellschaftliche Akteure der politischen Bildung für besondere Schwerpunkte“. (Süddeutsche Zeitung vom 9.8.2023)

Die Auswirkungen verschiedener Sparmaßnahmen im Bereich der politischen Bildung sind frappant und ergänzen sich zu einem Bild, dem man unbedingt entgegenwirken muss. Opfer sind immer

wieder Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – vor allem jene, die bildungsbenachteiligt sind. In der Schule trifft diese Personengruppe auf Lehrpläne, die in den letzten Jahren zuungunsten politischer Inhalte und Stundendeputaten zusammengekürzt wurden. Hinzu kommt ein Mangel an gut ausgebildetem Lehrpersonal – häufig wird das Fach Wirtschaft-Politik als Einzelfach oder fächerintegriert von Fachfremden unterrichtet. Es ist zum Stiefkind der Schulen geworden. Das leider immer noch sehr hierarchisch strukturierte Schulsystem mit eng getakteten Lehrplänen und Leistungsüberprüfungen, die veraltet sind, fördern darüber hinaus kein wirksames demokratisches Erleben. Fehlen dann noch Erstwähler-Kampagnen an Schulen, die Arbeit mit Multiplikatoren, die vor allem vor Ort und vor allem im ländlichen Raum tätig sind, so nehmen wir diese Personengruppe einfach nicht ernst – nur bezüglich „unserer“ Angst, was aus unserer Demokratie einmal wird. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssen Demokratie selbstwirksam erfahren. Anlässlich des 75. Jahrestages der Auftaktsitzung des Parlamentarischen Rates hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, die deutsche Verfassung zu schützen. „Die beste Demokratie, die wir in Deutschland jemals hatten, ist die, die wir verteidigen müssen.“ (Süddeutsche Zeitung vom 1.9.2023) Dies kann nicht mit einem Kürzen der Mittel für die vor allem vulnerable Gruppe der oben skizzierten passieren. Wir benötigen eine politische und soziologische Aufmerksamkeit und integrative Politik, um die Gefahren der Demokratie abzuwenden – und eine konfliktfähige Zivilgesellschaft. Kürzungen im Bereich der politischen Bildung laufen dem zuwider und sind falsch.

Wir kritisieren die Kürzungspläne und fordern die Bundesregierung auf, die politische Bildung zu stärken. Dazu gehört auch eine grundständige Finanzierung.

*Antje Menn, DVPB NW e.V.*